

FDP besorgt wegen Brexit

● Was die Folgen des britischen EU-Austritts angeht, tappt die Bundesregierung offenbar im Dunkeln. Im April reichte die FDP-Fraktion dazu eine Große Anfrage ein. In 318 Einzelfragen geht es etwa um die Folgen für den Handel, in Großbritannien lebende Deutsche sowie den künftigen EU-Haushalt. Bürger hätten Anspruch darauf, »dass die Bundesregierung sich auf sämtliche in den verschiedenen Austrittsszenarien zu erwartenden Eventualitäten vorbereitet«, heißt es im Vorwort der Anfrage. Das Auswärtige Amt (AA) teilte der FDP mit, man werde die Fragen »voraussichtlich bis Ende Mai 2019« beantworten – zwei Monate nachdem die Briten die EU verlassen werden. FDP-Fraktionsvize Alexander Graf Lambsdorff kritisiert diese Dauer als unangemessen. Er vermutet, das



AA könne nicht schneller antworten, weil die beiden wichtigsten Brexit-Experten die Europaabteilung verlassen und an Botschaften wechseln. Eine AA-Sprecherin teilte mit, die Antwort sei »vom personellen Wechsel auf einigen Stellen in der Europaabteilung« unberührt. Die Fragen könnten noch nicht beantwortet werden, weil sie weder zwischen EU-Kommission und Briten noch innerhalb des Rests der EU ausgehandelt seien. csc

Bayerische Polizei

Seehofer First

● Im Windschatten des Asylstreits haben sich Bundesinnenminister Horst Seehofer und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, beide CSU, ein innerparteiliches Duell geliefert – das Söder offenbar verloren hat. Dabei geht es um dessen Prestigeprojekt einer bayerischen Grenzpolizei, die in Eigenregie an der Grenze zu Österreich kontrollieren soll. Am Dienstag hat eine hochrangige Delegation des Bundesinnenministeriums dazu die bayerischen Innen-Kollegen in die Schranken gewiesen. Der Bund ist demnach nicht bereit, die Kompetenz der Grenzsicherung mit Bayern zu teilen. Es komme nicht infrage, dass zwei Polizeibehörden

für dieselbe Aufgabe zuständig seien. Ein neues Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Land, das für den Plan der Bayern notwendig wäre, sei nicht vorgesehen. Die bayerische Landespolizei könne die Bundespolizei zwar gern unterstützen, aber »nach Maßgabe des Rechtsregimes der Bundespolizei«, also unter deren Aufsicht. Das bayerische Innenministerium camouflierte die Schlappe auf SPIEGEL-Anfrage mit den Worten: »Bayerns Innenminister Joachim Herrmann ist sich mit Bundesinnenminister Horst Seehofer in dem Ziel einig, der Bayerischen Grenzpolizei eigenständige Grenzkontrollmaßnahmen zu ermöglichen. Hierzu laufen noch Gespräche zu organisatorischen und rechtlichen Detailfragen.« AMP, WOW

Firmeninsolvenzen

Pleite durch Steuer

● Eine Feinheit im Steuerrecht gefährdet die Sanierung von klammen Unternehmen. Betroffen sind nach Angaben des Aachener Insolvenzverwalters Rolf-Dieter Mönning bis zu tausend Betriebe, die zwar unter Insolvenzverwaltung stehen, aber positive Zukunftsaussichten haben, wenn die Gläubiger – Banken, Lieferanten, Sozialversicherungen – auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Doch solche »Planinsolvenzen« funktionieren nur, wenn die Unternehmen ihren Schuldenerlass nicht versteuern müssen. Deshalb hatte 2003 die damalige rot-grüne Bundesregierung entsprechende »Sanierungsgewinne« per Erlass von der Steuer

befreit. 2016 hatte der Bundesfinanzhof diese Regelung kassiert. Seitdem liegen Hunderte Planinsolvenzen auf Eis. »Die Sanierung von Unternehmen in Deutschland ist ernsthaft gefährdet«, heißt es in einem Brief der Vereinigung der Insolvenzverwalter »Gravenbrucher Kreis« an Finanzminister Olaf Scholz (SPD). Zwar hatte der Bundestag 2017 ein Gesetz verabschiedet, das den Steuerverzicht gerichtsfest machen sollte. Jedoch liegt die Regelung seit fast einem Jahr in Brüssel. Die EU-Kommission prüft, ob die Steuerbefreiung eine wettbewerbsverzerrende Subventionierung von Sanierungsbetrieben darstellt. Ein Sprecher des Finanzministers bestätigt das Prüfverfahren, will sich aber weder dazu noch zum Schreiben der Insolvenzverwalter äußern. WAS

SPD

Schichtdienst für Volksvertreter

● Angesichts dünn besetzter Sitzreihen im Bundestag verdonnert SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles ihre Abgeordneten zu Schichtdienst: Die Fraktion hat diese Woche beschlossen, ihre 153 Volksvertreter in drei etwa gleich große Gruppen aufzuteilen, die sich mit unterschiedlichen Aufgaben abwechseln sollen. Eine Gruppe hat »Dienst im Plenum«, eine zweite »hält sich in Rufbereitschaft auf und kann nach Alarmierung binnen 15 Minuten das Plenum erreichen«; die dritte muss nur bei besonderen Anlässen anwesend sein. Dadurch soll eine »Grundpräsenz im Plenum« sichergestellt werden. Nahles setzt auch auf Kontrolle: Zu Beginn jeder Sitzungswoche sollen die Genossen an ihre Dienste erinnert werden. »Fraktionsmitglieder, die diesen Verpflichtungen nicht nachkommen können, haben dies der für die Präsenz-sicherung zuständigen Parlamentarischen Geschäftsführerin vorher schriftlich mitzuteilen und für Ersatz zu sorgen«, heißt es in dem Beschluss. Als entschuldigt gilt Abwesenheit im Falle von Krankheit, Terminen im Auftrag von Fraktion, Bundestag oder Bundesregierung, während des Mutterschutzes oder der Elternzeit sowie wegen krankheitsbedingter Kinderbetreuung und der Pflege von Angehörigen. Die Anwesenheit soll in regelmäßigen Abständen ausgewertet und im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand analysiert werden. Falls erforderlich, drohen »weitergehende Maßnahmen zur Sicherung einer angemessenen Präsenz«. Wie auch andere Fraktionen kämpft die SPD seit Jahren mit zuweilen spärlicher Anwesenheit. Die Sozialdemokraten wollen auch verhindern, dass die AfD die mageren Präsenzquoten der Volksparteien politisch ausschaltet. Die Regeln treten nach der Sommerpause in Kraft. In der Union wird über ähnliche Vorschriften nachgedacht. VME



Nahles